

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.138.987

Wien, 20.4.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 9856/J des Abgeordneten Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend vierte und fünfte Welle der Corona-Krise treffen Haushalte bei Einkommen besonders hart** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Beschäftigt sich das Sozialministerium mit der vierten und fünften Welle der Corona-Wirtschaftskrise aktuell?*
- *Wenn ja, in welcher Art und Weise?*

Mein Ressort beschäftigt sich zur Abwendung und Verminderung von sozialen Folgen der Krise seit Beginn der Pandemie mit diesbezüglichen Fragestellungen. Zahlreiche Hilfsmaßnahmen (z.B. jene im Covid-19-Gesetz-Armut) wurden zur Abfederung sozialer Folgen der Pandemie beschlossen und umgesetzt.

Zudem hat das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mehrere Studien aus den Kompetenzbereichen des Ressorts in diesem

Zusammenhang in Auftrag gegeben, auch, um politische Handlungsempfehlungen daraus ableiten zu können:

- Evaluierung des letzten sozialen Sicherungsnetzes und des Zusammenspiels mit dem ersten sozialen Sicherungsnetz unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen COVID-19-Krise und der Auswirkungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes (Auftragnehmer: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung - WIFO)
- Monetäre Familienleistungen für unterschiedliche Haushaltskonstellationen 2021 (Auftragnehmer: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO)
- Aktualisierung des Berichts über Kennzahlen zu Lebensbedingungen für die Jahre 2008-2020 inklusive Sonderkapitel zum Thema „Kinder“ und Zusatzauswertungen zu bedürftigen Kindern (Auftragnehmerin: Bundesanstalt Statistik Austria)

Fragen 3 und 4:

- *Wie beurteilen Sie die durchblicker-Einkommensumfrage, insbesondere die entstandenen Einkommensverluste, die gestiegenen Preise bei Lebensmitteln, Treibstoff und Strom, sowie die Preissteigerungen im Bereich Gas, Versicherungen und Miete?*
- *Kommen Ihre Experten im BMSGPK ebenfalls auf die errechneten durchschnittlichen Ergebnisse was Einbußen des Haushaltseinkommens betrifft (rund 640 Euro bei unselbstständiger bzw. 853 Euro bei selbstständiger Arbeit)?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Fragen 5 und 8:

- *Wie sollen diese erlittenen Einkommenseinbußen seit Pandemiebeginn ausgeglichen werden?*
- *Welche Maßnahmen werden Sie politisch setzen, um die österreichischen Haushalte davor zu bewahren, weiter in eine mögliche Kredit-Schuldenspirale hineinzufallen?*

Zur Abfederung der hohen Energiekosten erhalten besonders betroffene Personengruppen einen Teuerungsausgleich in Höhe von 300 Euro. Davon profitieren unter anderem Bezieher:innen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Ausgleichszulagenbezieher:innen, Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalte und Studienbeihilfebezieher:innen.

Des Weiteren werden nahezu alle Haushalte (jene mit einem Einkommen bis zur ein- bzw. zweifachen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage) einen Energiekostenausgleich in Form eines Gutscheines im Wert von 150 Euro erhalten.

Weitere Maßnahmen sind die bereits erfolgte Pensionsanpassung für das Jahr 2022, die die gestiegene Inflation berücksichtigt, und die außerordentliche Erhöhung der Ausgleichzulagenrichtsätze um 3%. Von dieser Anhebung profitieren auch Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezieher:innen unmittelbar, da sich der Ausgangswert für Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen am Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz orientiert.

Frage 6: *Welche Maßnahmen können bzw. werden Sie als Konsumentenschutzminister ergreifen, um das Haushaltseinkommen der Österreicher zu stabilisieren?*

Als Grundlage zur Setzung adäquater Maßnahmen für die richtigen Zielgruppen wird zunächst gemeinsam mit dem Dachverband der Schuldenberatungen eine Analyse zur Machbarkeit eines Schuldenatlas an die Statistik Austria vergeben. Dadurch soll geprüft werden, welche valide Daten zur Überschuldung in Österreich bereits existieren und welche noch erhoben werden müssen.

Frage 7: *Wie bewerten Sie die Tatsache, dass bereits jeder dritte Haushalt (35 Prozent), um zur Deckung der Fixkosten auf Ersparnis oder Kredite zurückgreifen muss?*

Der Bundesregierung ist die Problematik der Teuerung nicht nur bewusst, sie ist diesbezüglich in engem Kontakt mit Expert:innen, Sozialpartner:innen und Regierungsverantwortlichen, um kurzfristige und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Auch wurden jüngst in verabschiedeten Gesetespaketen Mittel zur Verfügung gestellt und Maßnahmen getroffen, die explizit auf die Bekämpfung von coronabedingten Armutsfolgen abzielen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

